JAHRES-BERICHT 2024

MEHR DEMOKRATIE

WIR WIRKEN!

Unsere größten Erfolge im Jahr 2024

1. Verfassungsgericht stimmt uns zu
Unsere Verfassungsbeschwerde gegen das neue Bundestagswahlrecht war erfolgreich. Es muss in Teilen nachgebessert werden. (Seite 12)

2. Bürgerentscheid gerettet
Wir haben in Schleswig-Holstein den Bürgerentscheid bewahrt: durch einen guten Kompromiss mit Schwarz-Grün. (Seite 7)

3. Bürgerrat Ernährung erfolgreich
Der Bürgerrat Ernährung war ein mediales und gesellschaftliches Ereignis. Wir haben ihn wesentlich mitorganisiert, zuvor lange dafür lobbyiert. (Seite 10)

Impressum
Mehr Demokratie e. V. · Greifswalder Str. 4 · 10405 Berlin
info@mehr-demokratie.de · www.mehr-demokratie.de

Text und Redaktion: Marcus Meier (V.i.S.d.P.)
Schlussredaktion: Anja Schuller

Der Bericht wird nur in digitaler Form
veröffentlicht und nicht gedruckt.

Die Demokratie verbessern!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mehr Demokratie steht – da erzählen wir Ihnen sicher nichts Neues – für ein umfassendes Demokratie-Update. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich besser in politische Debatten einbringen können. Wir wollen die direkte Demokratie ausbauen. Wir setzen uns für ein bürgerfreundliches Wahlrecht ein. Und wir wollen die Transparenz des Staates erhöhen und die Informationsfreiheit der Menschen im Land stärken. Denn nur gut informierte Bürgerinnen und Bürger können klug mitreden und mitbestimmen.

2024 war ein ereignisreiches Jahr für unseren Verein – auch dank Ihrer Unterstützung. Wir haben wieder auf einen bunten Strauß an Aktionsformen gesetzt. Mitunter gehen wir auf die Straße, um Unterschriften zu sammeln für direktdemokratische Initiativen. So waren wir führend in der Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!" in Schleswig-Holstein, die einen guten Kompromiss mit der Landespolitik errang. Mal freuen wir uns über die Früchte unserer beharrlichen Lobbyarbeit: Im Februar 2024 endete der erste offiziell vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat. Für einen solchen hatten wir jahrelang geworben. Und wir waren auch als Dienstleister federführend an der Durchführung beteiligt.

Mal setzen wir auf den juristischen Weg: So zogen wir gegen das neue Bundestagswahlrecht vor das Bundesverfassungsgericht. Und unsere Bürgerklage war erfolgreich, das Urteil wegweisend. Oder wir setzen auf klassische Aufklärung. Mit unserer „Mach Doch"-Kampagne haben wir den Wählerinnen und Wählern in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gezeigt, wie sie sich jenseits der Parteien in das politische Geschehen einbringen können.

Wir kämpfen auch zusammen mit anderen Organisationen, die uns inhaltlich und in ihren Werten nahestehen. Zum Beispiel im Rahmen des Bündnisses für ein Bundestransparenzgesetz. Gemeinsam haben wir den Druck erhöht, damit endlich ein Transparenzgesetz in die parlamentarische Pipeline kommt. Wir bringen Tausende von Menschen miteinander ins Gespräch. In immer mehr Kommunen, wie auch Online ermöglicht unser Format Sprechen & Zuhören den Dialog um Konfliktthemen, die die Menschen vor Ort bewegen. Und wir versetzen Menschen in die Lage, professionell die Demokratie zu verbessern. Einen guten Schritt vorangekommen sind wir 2024 bei der Gründung unseres Bildungswerks. Wir bilden nun z. B. Gestalterinnen und Gestalter von Partizipation aus.

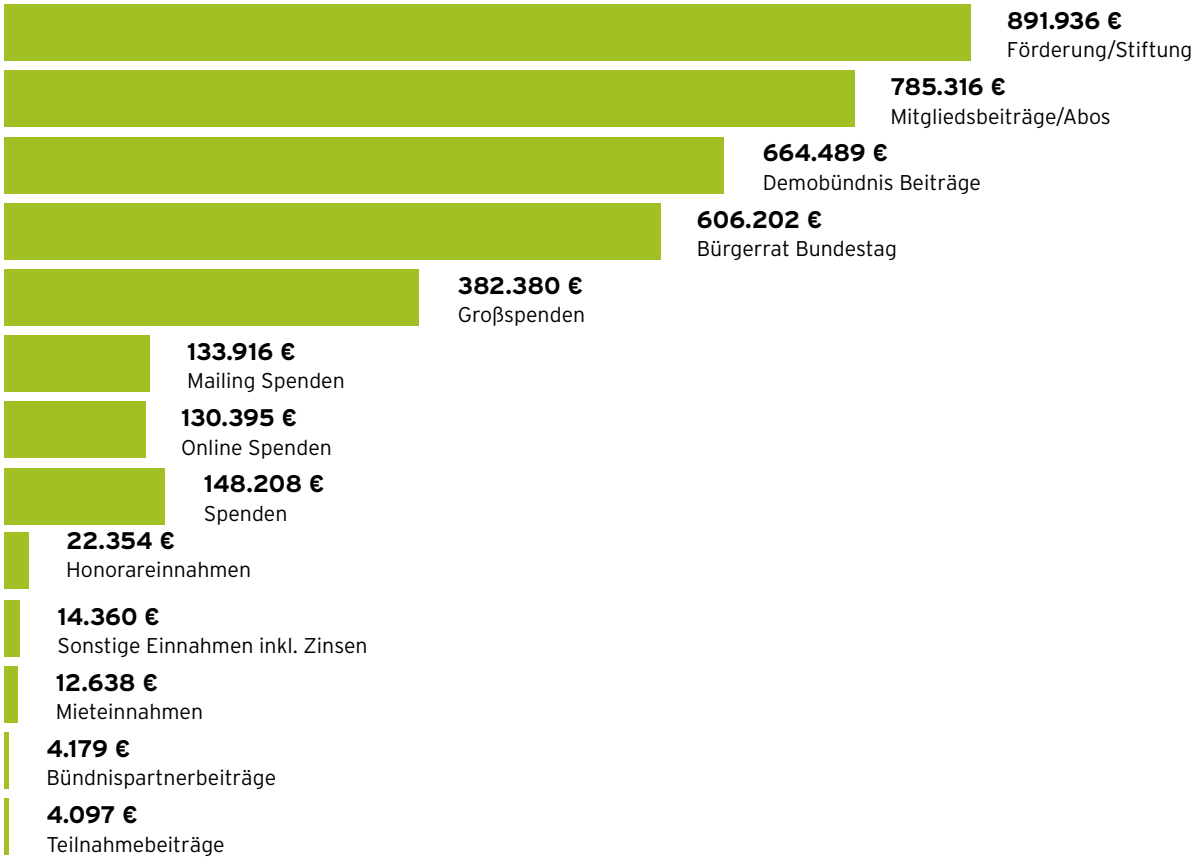
Wichtig bleibt auch die Medienarbeit. Das Jahr begann gut: Unsere Bundesvorstandssprecherin Claudine Nierth war zu Gast im populären Podcast „Hotel Matze". Das brachte uns viel Resonanz – und neue Mitglieder. Das ist gut, denn ohne die Unterstützung unserer Mitglieder und Förderinnen und Förderer könnten wir nicht erfolgreich sein. Unterstützen Sie uns auch im Jahr 2025?

Es grüßen herzlich:

Alexander Trennheuser,
Bundesgeschäftsführer

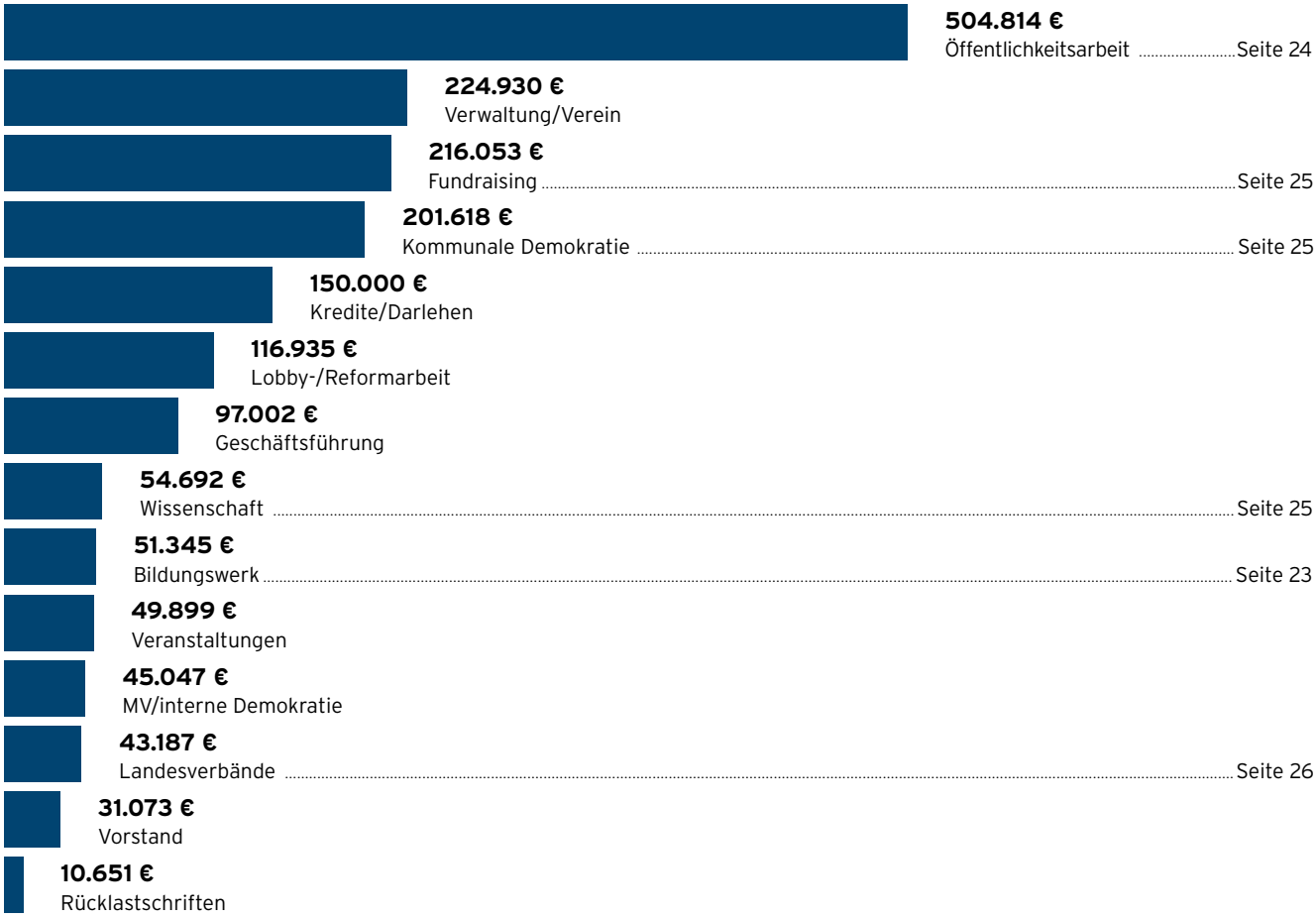
Roman Huber,
Geschäftsführender Bundesvorstand

Einnahmen 2024 nach Einkommensart: 3.800.470 €

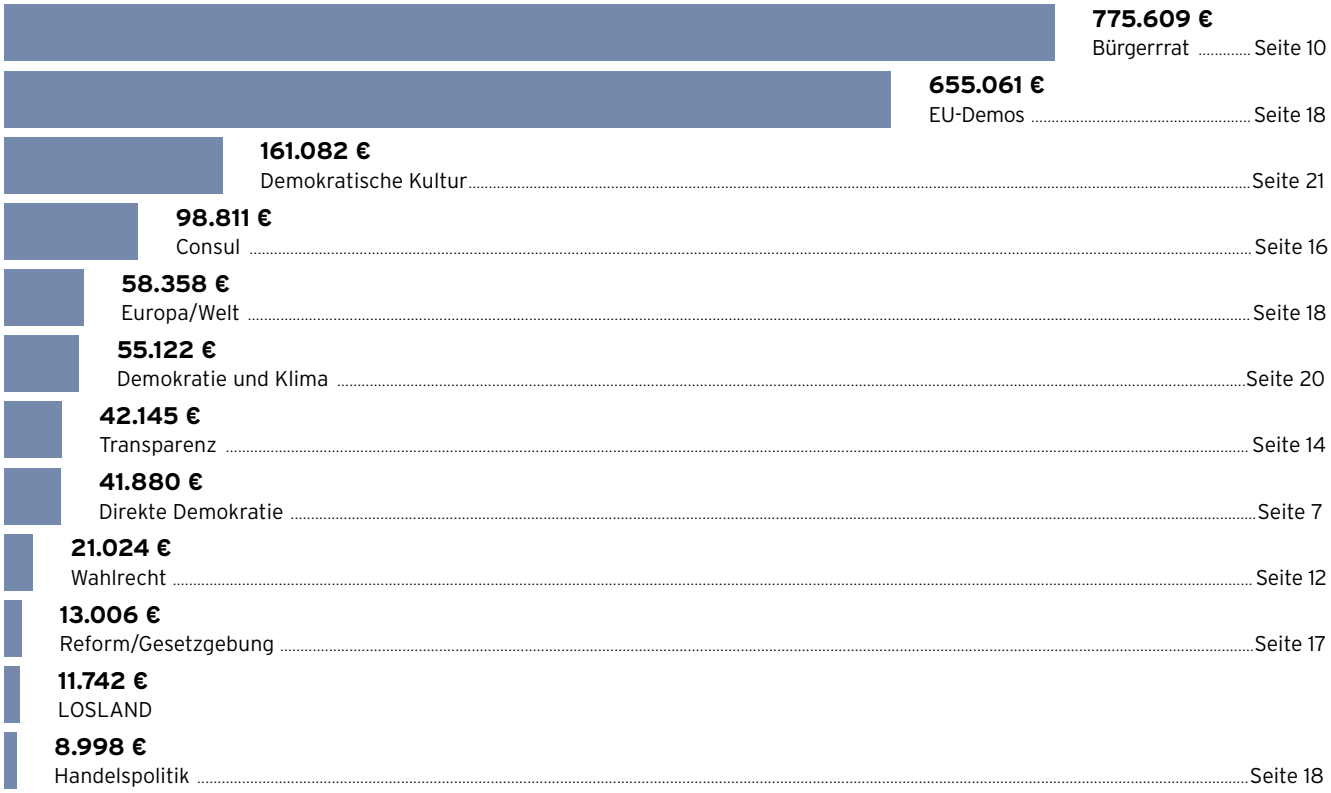


Ausgaben 2024 nach Bereichen: 3.740.084 €

Organisatorische Bereiche



Politische Bereiche



Veröffentlichungen

Auch 2024 haben wir wieder eine Menge Berichte und Handreichungen produziert. Unter anderem haben wir das Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“ und den ersten Bürgerratsbericht herausgegeben.

Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“
Das Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“ ist ein Praxisleitfaden für Verwaltung und Initiativen.

www.mehr-demokratie.de/publikationen/leitfaden-kommunale-buergerraete-organisieren

Neuer Volksbegehrensbericht
456 direktdemokratische Verfahren gab es bisher in den deutschen Bundesländern. Der Bericht zeigt: Jedes vierte Verfahren ist erfolgreich.

www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/neuer-volksbegehrensbericht-ueber-400-direktdemokratische-verfahren-in-den-bundeslaendern

Erster Bürgerratsbericht
Deutschland ist Bürgerrats-Weltmeister! Über 300 losbasierte Bürgerräte gab es hier bereits, auch wenn sie manchmal anders hießen. Unser Bürgerratsbericht hat die Daten erstmals aufgearbeitet.

www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/studie-deutschland-ist-buergerrats-weltmeister

Neue Bürgerratsdatenbank
Mit dem Bürgerratsbericht stellten wir auch unsere neue Datenbank Bürgerräte vor. Sie enthält Daten und Fakten zu allen bisherigen Bürgerräten in Deutschland seit den 1970er-Jahren.

datenbank-buergerraete.info

Neuauflage „Mehr direkte Demokratie wagen“
2024 erschien eine aktualisierte Neuauflage des Standardwerks „Mehr direkte Demokratie wagen“. Einer der Herausgeber und viele der Autorinnen und Autoren stammen aus den Reihen von Mehr Demokratie.

www.mehr-demokratie.de/publikationen/mehr-direkte-demokratie-wagen

Direkte Demokratie

Ausgaben Direkte Demkratie

41.880 €

Als unser Verein vor über 35 Jahren gegründet wurde, gab es eigentlich nur ein Thema: die direkte Demokratie, vor allem der bundesweite Volksentscheid. Seit den 1990er-Jahren sind Bürgerentscheide auf kommunaler und Volksentscheide auf Landesebene sukzessive in allen Bundesländern möglich geworden. Mal sind die Regeln besser, mal schlechter. Für den bundesweiten Volksentscheid kämpfen wir noch immer.

Von links: Claudia Bielfeld (BUND), Serpil Midyatli (SPD), Claudine Nierth (Mehr Demokratie), Tobias Koch (CDU), Lasse Petersdotter (Grüne)

Abwehrkampf in Schleswig-Holstein gewonnen

In Schleswig-Holstein mussten wir die direkte Demokratie in den Kommunen mit den Mitteln der direkten Demokratie auf Landesebene verteidigen. Und wir waren erfolgreich. Unsere Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!" öffnete die Tür zu Verhandlungen. Mit den beiden Regierungsfraktionen CDU und Grüne einigten wir uns Mitte Mai 2024 auf einen Kompromiss, der einstimmig (!) vom Landtag angenommen wurde. Die im Jahr zuvor beschlossenen Einschränkungen für kommunale Bürgerbegehren wurden zurückgenommen, jedenfalls im Wesentlichen. Im März 2023 hatten CDU und Grüne Bürgerbegehren erheblich erschwert. Mit unserer Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!" haben wir – ein Bündnis aus über 50 Organisationen – gefordert, das Gesetz rückgängig zu machen. Dutzende Menschen sammelten im Sommer 2023 insgesamt 27.595 Unterschriften für die Volksinitiative und übergaben sie dem Landtag.

Leipziger Erklärung: „Aktiver Schutz" durch direkte Demokratie

Drei Landtagswahlen fanden im September in Ostdeutschland statt. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg eilten die Menschen zu den Wahlurnen. Zur Freude der AfD, die zwischen 32,5 und 35,5 Prozent der Stimmen errang. Und nun? Ende September trafen sich 25 zivilgesellschaftliche Organisationen auf Einladung von Mehr Demokratie an der Leipziger Universität, um Strategien gegen den Rechtsruck zu diskutieren. Sie verabschiedeten die Leipziger Erklärung „Demokratie schützen, erlebbar machen, erneuern". Diese richtete sich an die künftigen Koalitionäre in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. „Handeln Sie jetzt!", heißt es in der Erklärung. „Demokratische Begeisterung entsteht durch Beteiligung. Ideen gibt es genug. Wir brauchen jetzt einen aktiven Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie, einen Innovationsschub und

mehr Mut, ins Experiment zu gehen." Zu den Forderungen zählen die Absenkung der Sperrklausel bei Landtagswahlen auf drei Prozent, bessere Regeln für landesweite Volksbegehren und kommunale Bürgerbegehren sowie Innovationen beim kommunalen Wahlrecht.

Von links: Max Steinbeis (Verfassungsblock), Gesine Märtens (Grüne), Ralf-Uwe Beck (Mehr Demokratie)

www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/neuer-volksbegehrensbericht-ueber-400-direktdemokratische-verfahren-in-den-bundeslaendern

Neuer Volksbegehrensbericht

Im Juni haben wir unseren neuen Volksbegehrensbericht vorgestellt, der das direktdemokratische Geschehen in den Bundesländern beleuchtet. Niemand außer uns erhebt die einschlägigen Zahlen: In den Jahren 1946 bis 2023 wurden 416 Volksbegehren aus der Bevölkerung angestoßen. Auch wenn es relativ selten zu einem Volksentscheid kommt: Die direkte Demokratie wirkt in den Bundesländern. 26,8 Prozent aller von unten angestoßenen direktdemokratischen Verfahren auf Landesebene führen zu einer Lösung im Sinne der Initiativen. Sie setzen also ihre politischen Forderungen zumindest teilweise durch. Insgesamt 70-mal erzielten Initiativen einen vollen, 38-mal einen Teilerfolg ohne Volksentscheid. Demgegenüber stehen 17 teils oder gänzlich erfolgreiche Volksentscheide. Das ist aus den Daten des Berichts ersichtlich. Seit einer Reformwelle in den 1990er-Jahren sind Volksbegehren und Volksentscheide in allen Bundesländern möglich. Doch die Regeln sind höchst unterschiedlich ausgestaltet. Am häufigsten stößt die Bevölkerung in Hamburg, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Volksbegehren an – allesamt Länder mit einem niedrigen Unterschriften-Quorum und daher einer realistischen Erfolgsaussicht.

Bayern: Runder Tisch zur direkten Demokratie

1995 erkämpfte sich die bayerische Bevölkerung die Möglichkeit, auch in den Kommunen per direkter Demokratie mitzubestimmen: Der landesweite Volksentscheid „Mehr Demokratie in Bayern" etablierte kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Aber sind sie in der jetzigen Form noch zeitgemäß? Wie kann das Verhältnis von Allgemeinwohl und Eigeninteresse besser ausbalanciert werden? Diese Fragen warf Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Juni 2024 auf. Ein Runder Tisch erörtert sie nun. Und dem gehört auch Mehr Demokratie an - neben kommunalen Spitzen-, Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie Politikerinnen und Politikern. Der Runde Tisch soll Empfehlungen an die Politik entwickeln. Aus unserer Sicht bietet es sich an, mit 30 Jahren Erfahrung über eine Weiterentwicklung der Instrumente nachzudenken. Doch darf diese keinen Rückschritt bedeuten. Wir set-

Foto: Thomas Eisenkraetzer

zen uns dafür ein, die Verfahren der direkten Demokratie um Dialogformate zu ergänzen. Wir erhoffen uns davon bessere inhaltliche Diskussionen und eine leichtere Kompromissfindung. Wir sind diejenigen, die die Debatte des Runden Tisches mit Zahlen und Fakten unterfüttern.

Verfassungsreform scheitert in Sachsen

Sie wurde versprochen, lange verhandelt. Und im März 2024 final vergeigt: Die Verfassungsreform in Sachsen. Eigentlich sollte sie die Bedingungen der direkten Demokratie verbessern. Aus gutem Grund: Momentan hat Sachsen die bundesweit höchste Hürde für Volksbegehren. Die Hürden sollten halbiert werden. Wir kritisierten das Scheitern der Reform als „ein Armutszeugnis für das Parlament, das nicht in der Lage ist, sich auf eine Stärkung der Bürgerrechte zu verständigen".

Zur Sitzung des Sächsischen Landtags am 2. Mai 2025 hat der Landesverband Sachsen von Mehr Demokratie e. V. eine Petition mit 9.292 Unterschriften an den Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler und den Petitionsausschuss übergeben.

Bürgerräte

Ausgaben Bürgerräte

775.609 €

Losbasierte Verfahren spielen in der Politik seit Langem eine Rolle: Im antiken Athen, in einigen italienischen Stadtrepubliken des Mittelalters, aber auch in der Gegenwart – in Form des losbasierten Bürgerrats. Menschen werden zufällig ausgelost, kommen zusammen, beraten miteinander und werden beraten. Dann legen sie ein Bürgergutachten mit Ratschlägen zu einem konkreten politischen Thema vor.

Studie: Deutschland ist Bürgerrats-Weltmeister!

Die „deliberative Welle" hat insbesondere Deutschland erfasst: Immer öfter setzen Kommunen, Länder und zuletzt auch der Bundestag auf losbasierte Bürgerräte. Das zeigt der Bericht „Bürgerräte in Deutschland" auf, den wir gemeinsam mit dem Institut für Demokratie- & Partizipationsforschung der Universität Wuppertal (IDPF) im Oktober 2024 vorstellten. Es ist der erste seiner Art, und er basiert auf einer neuen Datenbank, die losbasierte Beteiligungsverfahren erfasst und die wir zusammen mit dem IDPF aufgebaut haben. Der Bericht erfasst 298 Verfahren seit 1972, als man solche Verfahren noch „Planungszelle" nannte. Was die Zahl der losbasierten Bürgerräte betrifft, hat es in den Zwanziger-Jahren eine Explosion gegeben. Fanden im aktuellen Jahrzehnt durchschnittlich jährlich sechs Bürgerräte in Deutschland statt, waren es in den Jahren 2020 bis 2023 schon fast 30 pro Jahr, 80 Prozent davon auf kommunaler Ebene. Auf Bundesebene gab es bisher einen vom Bundestag eingesetzten Bürgerrat („Ernährung im Wandel"), der Ende Januar 2024 endete. Daneben gab es neun von Bundesministerien oder zivilgesellschaftlichen Akteuren organisierte bundesweite Bürgerräte und knapp 20 auf Landesebene. Unter dem Label Bürgerrat fasst die Studie Verfahren mit unterschiedlichen Namen zusammen. Mal heißen sie Bürgerrat, mal Bürgerforum, mal Planungszelle, mal Bürgerdialog, mal Zukunftsdialog. Doch stets haben sie vier Gemeinsamkeiten: Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger werden erstens nach dem Zufallsprinzip ausgelost. Sie verhandeln zweitens ein politisches Thema. Die Beratung findet drittens in Form von Gruppendiskussionen statt. Viertens legen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger inhaltliche Ergebnisse vor, in der Regel Empfehlungen, oft in Form eines Bürgergutachtens.

www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/studie-deutschland-ist-buergerrats-weltmeister

Bürgerrat Ernährung stellt Forderungen vor

Ende Januar endete der erste offizielle bundesweite Bürgerrat. Sein Thema: „Ernährung im Wandel". 160 zufällig ausgeloste, gleichwohl die Bevölkerung in Gänze reprä-

Foto: Deutscher Bundestag/Robert Boden/Mehr Demokratie

www.mehr-demokratie.de/nachrichten/einzelansicht/buergerrat-zu-ernaehrung-beendet-seine-arbeit

sentativ widerspiegelnde Bürgerinnen und Bürger berieten zum Thema Ernährung. Wie soll der Staat handeln bei Themen wie Tierwohlstandards, Lebensmittelverschwendung und Zucker? Für einige überraschend rückte der Bürgerrat auch soziale Themen ins Zentrum seiner Diskussionen. In seinem im Februar 2024 vorgelegten Bürgergutachten fordert der Bürgerrat insbesondere ein kostenloses Schulessen für alle Schulkinder, gesunde Lebensmittel ohne Mehrwertsteuer und eine bessere Tierwohl-Kennzeichnung. Die geloste Bürgerversammlung war der erste offiziell vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat. Mehr Demokratie leitete das Konsortium zivilgesellschaftlicher Akteure, das den Bürgerrat organisierte. Unsere Aufgaben: Kontakt zur Politik, Mitarbeit am Konzept, Öffentlichkeitsarbeit sowie Koordination und Abrechnung mit dem Bundestag. Der Streit und Bruch der Ampel-Koalition führte dazu, dass es 2024 keinen zweiten offiziellen bundesweiten Bürgerrat gab und die Forderungen des Bürgerats nicht mehr umgesetzt werden konnten. Gleichwohl wurden sie in mehreren Bundestags-Ausschüssen und in Anhörungen mit den Bürgerratsteilnehmenden diskutiert. Mehr Demokratie kritisierte dies, da die Politik zwei Chancen verpasst hat: Zum einen hätte ein weiteres Praxisbeispiel die Rolle von Bürgerräten in der parlamentarischen Demokratie weiter stärken können. Zum anderen wäre ein Bürgerrat in Verbindung mit einer Enquetekommission das richtige Instrument zur längst überfälligen Aufarbeitung der Corona-Pandemie gewesen. Auch strittige Themen wie die Einführung der Wehrpflicht oder Sterbehilfe wären gute Themen.

Studie: Bürgerrat „Ernährung im Wandel " war erfolgreich

Vier von fünf Deutschen begrüßen das Instrument Bürgerrat. Und der erste vom Bundestag berufene Bürgerrat „Ernährung im Wandel" war „erfolgreich im Sinne des Einsetzungsbeschlusses". Das sind zwei wesentliche Ergebnisse des Evaluationsberichts, den das Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Bergischen Universität Wuppertal und das Meinungsforschungs- und Beratungsinstitut Verian im Sommer 2024 vorgelegt haben. Die Forscherinnen und Forscher maßen eine „hohe Zustimmung für das Format Bürgerrat" in der Bevölkerung. So halten vier Fünftel der Befragten die Einsetzung des Bürgerrats „Ernährung im Wandel" für eine „sehr gute" oder „eher gute" Idee. Gar 85 Prozent befürworten, dass der Bundestag künftig Bürgerräte zu anderen Themen beruft. Der Bundestag hatte im Einsetzungsbeschluss für den Ernährungsbürgerrat Fragen formuliert, auf die der Bürgerrat tatsächlich Antworten geliefert habe. Dieser habe damit seine Aufgabe erfolgreich und vollständig erfüllt. Insgesamt positiv bewertet der Bericht auch die Durchführung dieses ersten Bürgerrats, auch wenn er einige Verbesserungspotenziale für etwaige künftige Bürgerräte ausmacht.

www.mehr-demokratie.de/publikationen/leitfaden-kommunale-buergerraete-organisieren

Leitfaden für erfolgreiche Bürgerräte

Ende Januar 2024 stellte Mehr Demokratie ein Handbuch für kommunale Bürgerräte vor, zusammen mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Bergischen Universität Wuppertal und dem Research Institute for Sustainability Potsdam (RIFS). Das Handbuch soll Politik und Verwaltung aufzeigen, wie losbasierte Bürgerräte auf kommunaler Ebene erfolgreich organisiert werden können. Es begleitet Macherinnen und Macher auf dem kompletten Weg von der ersten Idee bis zur Verwendung der Empfehlungen.

Wahlrecht

Ausgaben Wahlrecht

21.024 €

Menschen, die mit dem Parteiensystem unzufrieden sind, wählen oft gar nicht oder populistisch. Wir wollen ihnen ein besseres Angebot machen: die Protststimme. Und wir zogen 2024 vor das Bundesverfassungsgericht – wegen des neuen Bundestagswahlrechts.

Mehr-Demokratie-Team vor dem Bundesverfassungsgericht

Unsere Verfassungsbeschwerde war erfolgreich!
4.242 Person haben mit uns gegen das neue Bundestagswahlrecht geklagt. Auch CSU und CDU sowie die Linke zogen deswegen vor das Bundesverfassungsgericht. Alle Verfassungsbeschwerden wurden an einem sonnigen Tag Ende Juli 2024 vor dem höchsten deutschen Gericht verhandelt. Und der Sieger war: Mehr Demokratie! Wir waren die einzigen, die gegen eine juristische Norm klagten und damit Recht bekamen. Die Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter erklärten die Fünf-Prozent-Hürde in ihrer neuen Form für verfassungswidrig. Sie setzten die Grundmandatsklausel provisorisch wieder ein. Jetzt ist es am Bundestag, ein neues Wahlgesetz zu beschließen. Dabei setzen wir auf die Absenkung der Fünf-Prozent-Hürde. Das ist aus Sicht des Gerichts möglich. Für Mehr Demokratie ist es der Königsweg: „Mit der Absenkung würden weniger Stimmen unter den Tisch fallen, die dann nicht im Parlament repräsentiert sind. Und es würde nicht nur einer, sondern mehreren Parteien nutzen. Außerdem ist sie einfach umzusetzen", so unser Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck.

Hintergrund für unsere Verfassungsbeschwerde ist die im März 2023 mit den Stimmen der Ampel-Koalition beschlossene Reform des Bundestagswahlrechts. Mit dieser wurde auch die Fünf-Prozent-Hürde verschärft: Wer einen Wahlkreis gewinnt, kann das Bundestagsmandat nur dann antreten, wenn die Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Abgeschafft wurde zudem die Grundmandatsklausel, über die eine Partei, die mindestens drei Direktmandate gewonnen hatte, in den Bundestag einziehen konnte, auch wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde verfehlt hatte.

Aus Sicht von Mehr Demokratie war damit die Schwelle zur Verfassungswidrigkeit überschritten. Die Fünf-Prozent-Hürde sei nun nicht mehr abgefedert und kollidiere noch stärker als zuvor mit dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl (Artikel 38 Grundgesetz) und der Chancengleichheit der Parteien (Artikel 21 Grundgesetz). Besonders von dieser Regelung betroffen waren die CSU und die Linke. Deswegen zogen sie unabhängig voneinander nach Karlsruhe.

Proteststimme statt Populismus

Immer mehr Stimmen gehen an autoritär-populistische Kräfte, nicht alle, aber viele aus Protest. Wir finden: Diesen Menschen muss man ein besseres Angebot unterbreiten: die Proteststimme. „Wir brauchen ein Angebot für Menschen, die weder der Regierung noch der demokratischen Opposition vertrauen. Sie müssen der Politik einen Denkzettel verpassen können, ohne Feindinnen und Feinde der Demokratie zu stärken", verkündete unser Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck im Juni nach mehreren Wahlen mit starkem Stimmenanteil für populistische Parteien. Die Proteststimme wäre die bessere Alternative. Eingeführt und ausprobiert werden könnte die Proteststimme zunächst bei Kommunalwahlen; dafür müsste das Kommunalwahlrecht angepasst werden.

Transparenz

Ausgaben Transparenz

42.145 €

Die Ampel-Koalition hatte uns ein Transparenzgesetz versprochen. Wir übten Druck auf das federführende Innenministerium aus. Dann zerbrach die Ampel. Doch nach wie vor gilt: Transparenz würde viel Vertrauen wieder aufbauen im gestörten Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Staat. Und – das zeigen die Erfahrungen – sie würde helfen, die Verwaltung zu modernisieren.

Marie Jünnemann (Mehr Demokratie), Misbah Khan (MdB Grüne), Konstantin von Notz (Grüne), Manfred Redelfs (Journalist, Netzwerk Recherche)

Eil-Appell mit 50.000 Unterschriften

Mitte April 2024 starteten wir einen Eil-Appell nebst Unterschriftensammlung zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern im „Bündnis Bundestransparenzgesetz". Das Ziel: das im Koalitionsvertrag versprochene Bundestransparenzgesetz endlich zu realisieren. Die Adressaten: Das federführende Bundesinnenministerium und die Ampel-Fraktionen im Bundestag. Veröffentlicht wurde der Appell auf der Plattform openPetition. Wir argumentierten, dass das Projekt im Ministerium offenbar keine hohe Priorität genieße. Wenn es mit dem Transparenzgesetz noch etwas werden soll, müsse es aber zeitnah auf den Weg gebracht werden, sonst sei schon wieder Wahlkampfzeit. Zu diesem Zeitpunkt war der nahende Bruch der Ampel-Koalition noch nicht absehbar. Die Sammlung war erfolgreich. Mitte Juni übergaben wir 51.550 Unterschriften an Konstatin von Notz, den stellvertretenden Vorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion.

Schon seit Beginn der Wahlperiode forderte unser Bündnis: Das Transparenzgesetz soll das reformbedürftige Informationsfreiheitsgesetz durch eine zeitgemäße Regelung ersetzen, die den Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen Zugang zu Informationen der Verwaltung gewährt und nicht wie bisher nur auf Antrag. Eine entsprechende Formulierung hatte es sogar in den Koalitionsvertrag geschafft. Ein Transparenzgesetz verpflichtet die öffentlichen Stellen zu einer aktiven Veröffentlichungsstrategie. Das Transparenzbündnis schreibt in der Petition: „Mit einem Transparenzgesetz wird aus der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger eine Bringschuld der Verwaltung. Viele Informationen wären damit einfach online abrufbar."

Dem Bündnis Bundestransparenzgesetz gehören neben Mehr Demokratie die Initiativen abgeordnetenwatch.de, die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit, der Deutsche Journalisten-Verband, FragDenStaat, LobbyCcontrol, Netzwerk Recherche, Transparency International Deutschland, openPetition und Wikimedia

Deutschland an. Das Bündnis hat bereits 2022 dem Bundesinnenministerium einen kollaborativ erstellten Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser beinhaltet vor allem eine aktive Informationspflicht öffentlicher Stellen, bürgerfreundliche Verfahrensregeln und einen größeren Anwendungsbereich der Informationsfreiheit.

Rückschlag für die Transparenz nach FragDenStaat-Urteil

Im März erklärte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anonyme Informationsfreiheitsanfragen für unzulässig, wie sie insbesondere die Plattform fragdenstaat ermöglicht. Hier können Bürgerinnen und Bürger mit geringem Aufwand formgerechte Anfragen stellen. Und bisher war das auch anonym möglich. Dem Gericht war das offenbar suspekt: Antragstellerinnen und Antragsteller müssten es hinnehmen, dass Behörden trotz einer elektronischen Anfrage auf dem Postweg kommunizierten statt in digitaler Form. Der Postweg steht dabei im Widerspruch zur Anonymität. Wir forderten: „Unsere Verwaltungen müssen endlich auf Höhe der Zeit ankommen. Dazu gehört es, dass Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürgerinnen schnell, unbürokratisch und natürlich digital beantwortet werden."

Corona: Transparenz schafft Vertrauen

Die sogenannten RKI-Protokolle wurden zunächst mit massiven Schwärzungen veröffentlicht, dann auf Anordnung des Gesundheitsministers ungeschwärzt. Wir beklagten eine Kultur der Intransparenz. Und die kann und muss überwunden werden. Transparenz darf künftig nicht vom Wohlwollen einzelner Ministerinnen und Minister oder Behördenleitungen abhängen. Vielmehr braucht es klare und bürgerfreundliche Regeln. Mit einem ordentlichen Transparenzgesetz hätte die Politik sich viel Ärger ersparen können. Wichtige Informationen sollte der Staat künftig proaktiv veröffentlichen und über ein Webportal für jedermann zugänglich machen. Dann entstünde auch nicht der Eindruck, etwas soll verborgen werden.

Consul/Digitale Demokratie

Ausgaben Digitalisierung

98.811 €

Die Digitalisierung der Demokratie schreitet weiter voran: In München gibt es erstmals einen Bürgerhaushalt von einer Million Euro. Heißt: Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wie diese Summe ausgegeben werden soll. Dabei nutzen sie das von uns beworbene Tool Consul. 2024 gab es 30 Consul-Städte in Deutschland.

Digitale Bürgerbeteiligung: München geht voran

Die bayerische Hauptstadt lässt Bürgerinnen und Bürger digital über die Verwendung von einer Million Euro entscheiden. Und zwar mit Hilfe des Online-Tools Consul, für dessen Anwendung Mehr Demokratie seit Jahren wirbt. Consul hatte sich als Beteiligungstool seit Jahren in München bewährt. Jetzt probiert die Stadt es eine Nummer größer: Sie lässt die Einwohnerschaft über einen größeren Geldbetrag bestimmen. Eine Million Euro ist das höchste Bürgerbudget in der bisherigen Geschichte Deutschlands. Ein Ergebnis unserer Überzeugungsarbeit, das im September 2024 öffentlich wurde. Münchens Consul-Portal ist über unser.muenchen.de aufrufbar. Doch München geht noch einen weiteren großen Schritt voran bei der digitalen Bürgerbeteiligung: Die Isar-Metropole wird erste Consul-Partnerstadt und unterstützt die Weiterentwicklung der Beteiligungsplattform Consul Democracy. Konkret werden 20.000 Euro pro Jahr an die Stiftung fließen. Das Ziel: die Consul-Tools noch weiter verbessern und so attraktiver zu machen. Die Software ist Open Source und für jedermann und jede Stadt frei nutzbar. Sponsoring-Partner wie die Stadt München, sorgen dafür, dass das so bleibt und ausgebaut werden kann. Mit Consul können Städte ihre Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen beteiligen und Impulse aus der Bevölkerung aufnehmen. Das Angebot ist niedrigschwellig, also nicht nur für Polit-Freaks oder Computer-Nerds geeignet. Neben München nutzten auch Madrid, New York City und Buenos Aires bereits das Tool. In Deutschland kommt es bisher in knapp 40 Kommunen zum Einsatz. Die Menschen können die Stadtpolitik mitgestalten, bequem im heimischen Wohnzimmer oder in der Straßenbahn.

Consul-Städte: Qualität der Beteiligung verbessern

Im vergangenen Jahr haben wir den Fokus auf eine Verbesserung der Qualität der Bürgerbeteiligung unserer Consul-Städte gelegt, und zwar der digitalen wie hybriden, bei der wir digitale und Präsenz-Formen kombinieren. Wir organisierten Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und unterstützten die Kommunen im direkten Gespräch. Mehr Demokratie hat dafür u.a. die Veranstaltung „Kommune im Fokus" in Würzburg mit mehr als 100 Teilnehmenden organisiert. Ihre Schwerpunkte lagen auf direkter Demokratie, Bürgerräten und demokratischer Kultur sowie Consul. Zudem haben wir einige deutsche Städte auf die internationale Consul-Konferenz nach Las Palmas (Gran Canaria) eingeladen. In Arbeit ist ein KI-Chatbot. Er soll der Verwaltung helfen, bessere Beteiligungsprozesse durchzuführen, und den Bürgerinnen und Bürgern das Mitmachen erleichtern. Auch im Consul-Team bemerkt man die knapper werdenden Kassen der Kommunen: Bei Bürgerbeteiligung zu sparen ist für alle ein naheliegender Gedanke. Bisher profitieren einige Consul-Städte vom Smart City Programm des Bundes. Das jedoch läuft in den kommenden Jahren aus. Wie viele Kommunen werden wohl an Consul festhalten?

consul.mehr-demokratie.info

Parlamentsreform/Gesetzgebungsreform

Ausgaben Gesetzgebungsreform

13.006 €

Wie viel Einfluss nimmt der Bundestag eigentlich auf die Gesetze, die er beschließt? Wir haben es untersucht: Bei sieben von zehn Gesetzen nimmt der Gesetzgeber kaum bis keinen Einfluss. Im Gesetzgebungsprozess gibt das Parlament seinen Expertinnen und Experten zudem zu wenig Zeit.

Bundestag: Eher Kontrolleur als Gesetzgeber

Der Deutsche Bundestag ist das einzige direkt gewählte Organ auf Bundesebene und das Herz der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Die Hauptaufgaben des Bundestages umfassen die Kontrolle der Bundesregierung, die Festlegung des Bundeshaushalts und die Gesetzgebung. Doch wie viel Einfluss nimmt der Bundestag tatsächlich auf die Gesetze, die er beschließt? Wir haben dies in einem umfangreichen Recherche-Projekt untersucht. Dazu wurden alle 547 in der 19. Wahlperiode, den letzten Amtsjahren Merkels, verabschiedeten Gesetze geprüft. Die Untersuchung zeigt, dass der Bundestag eher eine Kontroll- als eine Gestaltungsrolle bei der Gesetzgebung innehat. Nahezu 90 Prozent der in der 19. Legislaturperiode (2017 bis 2021) verabschiedeten Gesetze wurden von der Bundesregierung initiiert. Insgesamt wurden 40,3 Prozent aller Regierungsvorlagen ohne oder mit vernachlässigbaren Änderungen verabschiedet. Substanzielle Änderungen erfolgten bei 27,8 Prozent aller Gesetze. Viele Gesetze verlassen den Bundestag so, wie sie eingebracht wurden. Dabei soll doch eigentlich das Strucksche Gesetz gelten: Ihm zufolge verlässt kein Gesetz den Bundestag so, wie es hineinkam.

Bundestag lässt Fachleuten zu wenig Zeit

Die Bundesministerien räumen den Fachverbänden zu wenig Zeit ein, um zu Gesetzentwürfen Stellung nehmen zu können. Das ist das Ergebnis einer Studie von Mehr Demokratie, FragDenStaat und Green Legal Impact, die die Daten der letzten und vorletzten Legislaturperiode auswertet. Aus Sicht von Mehr Demokratie brauchen die Verbände mindestens 20 Tage Zeit, damit sie eine fach- und sachgerechte Bewertung abgeben können. Doch so viel Zeit bekommen sie oft nicht, wie die erhobenen Daten zeigen. Durchschnittlich wurde den Verbänden eine Frist von 15,4 Arbeitstagen eingeräumt. Bei knapp zwei Drittel der Fälle mussten die Verbände ihre Stellungnahme in weniger als 20 Arbeitstagen einreichen, in 18 Prozent der Fälle in fünf oder noch weniger Tagen. Manchmal sind es nur zwei Tage für teils sehr umfangreiche Gesetzentwürfe. So war es auch beim Klimaschutzgesetz.

Studie
www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/studie-zu-wenig-zeit-fuer-fachleute

Petitionsrecht verbessert

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages änderte zu Mitte 2024 seine Verfahrensgrundsätze: Jetzt reichen 30.000 statt wie bisher 50.000 Unterschriften, damit eine Petition zu einer öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss führt. Die Sammlungsfrist wurde von vier auf sechs Wochen verlängert. Zudem muss der Petitionsausschuss eine Petition binnen zehn Sitzungswochen abschließend behandeln. Diese Frist wird erstmals konkret geregelt. Auch diskutiert der Bundestag eine Änderung der Geschäftsordnung mit dem Ziel, dass große Petitionen auch im Plenum behandelt werden können. Wir begrüßten dies: Das Petitionswesen wird reformiert, die ersten Schritte gehen in die richtige Richtung: stärkere Einflussrechte für die Bürgerinnen und Bürger", schrieben wir in unserer Pressemitteilung.

Europa/Freihandel

Ausgaben Europa

58.358 €

Ausgaben Handelsabkommen

8.998 €

Zur Europawahl wurden wir aktiv: Mit einem Schulwettbewerb, der Erstwählende auf ihr Wahlrecht hinwies. Wir waren auch an den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus im Vorfeld der Wahl beteiligt. Außerdem brachten wir im Bündnis mit anderen eine weitere Verfassungsbeschwerde gegen CETA auf den Weg.

Schülerinnen und Schüler und aus NRW

Kampagne zur Europawahl

Fast fünf Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler gab es bei der Europawahl 2024 allein in Deutschland. Denn auch 16- und 17-Jährige durften erstmals wählen. Deshalb haben wir in jenem Jahr viel Zeit an Schulen verbracht, vor allem an Berufs- und Gesamtschulen. Wir stellten fest: Die meisten Schülerinnen und Schüler wussten gar nicht, dass sie wählen dürfen. Wir waren zudem Mitorganisator eines spielerischen Schulwettbewerbs zur Europawahl. Wer bei seiner allerersten Wahl nicht wählt, der wird es wahrscheinlich auch bei den darauffolgenden Wahlen nicht tun. Deshalb war unsere Aufklärungsarbeit so wichtig.

Alexander Trennheuser und Marie Lehnert (Mehr Demokratie)

Demonstration vor der Europawahl

In mehreren deutschen Städten gingen die Menschen kurz vor der Europawahl auf die Straße. Sie demonstrierten gegen Rechtsextremismus und für eine offene und

vielfältige Gesellschaft. Allein in Köln waren es 18.000 Menschen. In der Domstadt zählten auch unser Bundesgeschäftsführer Alexander Trennheuser und unsere Mitarbeiterin Marie Lehnert zu den Rednerinnen und Rednern. Auch an den Standorten Stuttgart und Leipzig war Mehr Demokratie mit Redebeiträgen vertreten. Wir haben die Demonstrationen im Bündnis mitorganisiert.

Klage gegen CETA-Ratifizierung

Mitte Januar reichten wir erneut eine Verfassungsbeschwerde gegen das Freihandelsabkommen CETA ein. Diesmal klagen wir gegen die Ratifizierung, also die Bestätigung durch Bundestag und Bundesrat. Unsere Klage-Partner: Campact und Foodwatch. Wir argumentieren, dass CETA die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Denn Ausschüsse und Schiedsgerichte sind mächtige Akteure. Doch unsere Parlamente haben zu wenig Einfluss auf sie. Das entwertet auch unser Wahlrecht. Die Klage zielte insbesondere auf zwei Elemente des CETA-Systems: gegen die Ausschüsse, die weitreichende Entscheidungen treffen können, aber kaum demokratischer Kontrolle unterliegen, und die Schiedsgerichte. An der Auswahl der Richterinnen und Richter ist der Bundestag nicht beteiligt, ihre demokratische Legitimation ist also unzureichend. Grundlage der Rechtsprechung ist das Investitionsschutz-Kapitel des CETA-Abkommens. Und das wimmelt von unbestimmten Rechtsbegriffen. Die Schiedsgerichte haben eine enorme Entscheidungsmacht – mit weitreichenden Folgen für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir gehen nicht davon aus, CETA als Ganzes kippen zu können. Wir setzen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht Eckpunkte und Leitlinien in unserem Sinne festlegt. Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ist 2017 vorläufig in Kraft getreten und wurde im Januar 2023 vom Bundestag und Bundesrat ratifiziert. Gegen die Ratifizierung konnte innerhalb eines Jahres Verfassungsbeschwerde eingelegt werden. Genau das taten wir. Mehr Demokratie hatte 2016 gemeinsam mit Campact, Foodwatch und rund 125.000 Menschen eine erste Verfassungsbeschwerde gegen das vorläufige Inkrafttreten von CETA eingelegt. Sie war teilweise erfolgreich: Das Bundesverfassungsgericht erließ 2016 Auflagen für die vorläufige Anwendung von CETA, erklärte das Abkommen aber für nicht verfassungswidrig. Vollständig in Kraft tritt CETA, wenn alle EU-Mitgliedsstaaten es ratifiziert haben.

www.ceta-verfassungsbeschwerde.de

Demokratie und Klima

Ausgaben Demokratie und Klima

55.122 €

Klimapolitik ist ein umstrittenes Politikfeld. Stichworte wie „Heizungsgesetz" oder „Letzte Generation" lösen bei den Menschen nicht nur gute Gefühle aus. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung mitreden kann. Aber wie funktioniert das?

Von links: Nico Schulz (OB Osterburg), Michael Efler (Klima trifft Kommune)

Modellkommune für innovativen Klimaschutz

Der Klimaschutz ist messbar unpopulärer geworden – auch dank der oft als kontrovers empfundenen Klebe-Aktionen der „Letzten Generation" bis Ende 2024. Wir gehen einen anderen Weg: Durch Beteiligung und Zusammenarbeit in den Kommunen können der Klimaschutz vorangebracht und gleichzeitig der Zusammenhalt und die Demokratie gestärkt werden. Dazu beraten wir lokale Bürgerinitiativen, Verwaltungen und Kommunalpolitikerinnen und -politiker, wie sie Bürgerinnen und Bürger beim Thema Klimaschutz optimal in Diskussionen, Entscheidungen und Umsetzung einbinden können. Wir werden aber auch selbst aktiv und gestalten in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren Modellvorhaben.

Im September 2024 fanden wir eine Modellkommune, die mit uns Geschichte schreiben will: Die Hansestadt Osterburg in Sachsen-Anhalt gibt als erste Kommune in Deutschland der Bevölkerung in einem Bürgerrat mit anschließendem Bürgerentscheid die Möglichkeit, selbst über Klimaschutzmaßnahmen zu entscheiden. Das heißt: Erst entwickeln zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger Ideen für den kommunalen Klimaschutz. Dann stimmt die wahlberechtigte Bevölkerung in einem direktdemokratischen Verfahren darüber ab. Im Rahmen unseres Modellprojekts „Klima trifft Kommune" wird die Radverkehrsplanung der Stadt zur Abstimmung gestellt – in einem Prozess, der Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auf eine neue Ebene hebt. Anders als bei bisherigen Bürgerräten in Deutschland wird die Empfehlung nicht nur an den Gemeinderat weitergeleitet, die gesamte Bevölkerung wird über einen Teil der Ergebnisse abstimmen. Das Abstimmungsergebnis des Ratsreferendums ist bindend. Kurz darauf beschlossen auch die Städte Flensburg und Pinneberg, es Osterburg gleich zu tun.

Nicht zuletzt ist uns wichtig, unsere Kernbotschaft in Artikeln, Vorträgen und in Netzwerken zu verbreiten: Demokratie braucht Klimaschutz – vor allem aber braucht Klimaschutz mehr Demokratie. Denn ein Wandel zur Nachhaltigkeit geht nur mit einer intensiven Beteiligung der Menschen.

www.klimatrifftkommune.de

Demokratische Kultur

Ausgaben Demokratische Kultur

161.082 €

Alle reden von Polarisierung; wir versuchen, sie zu überwinden. Das Dialogformat Sprechen & Zuhören bringt Menschen an einen Tisch, die schon lange nicht mehr miteinander geredet haben. Demokratische Systemaufstellungen machen Zusammenhänge sichtbar, zwischen verschiedenen Gruppen, aber auch den Bestandteilen eines gesellschaftspolitischen Themas.

Sprechen & Zuhören in Bad Belzig

Sprechen & Zuhören

Die Fronten verhärten, das Vertrauen nimmt ab und die Debattenkultur wird aggressiver – das beschreibt die affektive Polarisierung, wie wir sie aktuell in vielen Gesellschaften beobachten können. Das bedeutet ganz konkret, dass Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen daran scheitern, in eine demokratische Verständigung zu kommen. Stattdessen werten sie einander ab oder empören sich.

Vor diesem Hintergrund haben wir Ende 2023 das Verständigungsprojekt „Gespräche von Mensch zu Mensch – weil wir hier leben" ins Leben gerufen. Nach über einem Jahr und vielen Veranstaltungen, an denen Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Ansichten teilgenommen haben und in denen wir einige Lernschleifen gedreht und Anpassungen vorgenommen haben, können wir sagen: Es ist möglich, den Negativ-Kreislauf zu durchbrechen. Wenn es gelingt, einen geschützten Raum für echtes Zuhören zu schaffen, können auch schwierige Emotionen wie Wut und Angst Teil der Verständigung sein. Dann entsteht zwischenmenschliches Vertrauen. Und das ist eine gute Basis für die konstruktive Debatte in der Sache.

Zwischen Dezember 2023 und Dezember 2024 haben wir 35 Dialogveranstaltungen in 20 verschiedenen Gemeinden durchgeführt, 28 davon in Brandenburg. Zusätzlich haben wir siebenmal online zur demokratischen Verständigung eingeladen. Wir haben insgesamt 1.621 Teilnehmende erreicht, 884 in Präsenz und 737 online. Die Präsenzveranstaltungen organisierten wir in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Partnerschaften für Demokratie oder zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Bei den Veranstaltungen wurden verschiedene, teils sehr kontroverse und polarisierende Themen behandelt, wie die Corona-Politik, das Verhältnis von Ost- und Westdeutschen, der Umgang mit Rechtspopulismus, die Migrationsdebatte und der Nahostkonflikt. Aber auch vermeintlich einfachere und weniger emotional aufgeladene Themen wie Demokratie und Lokalpolitik waren Gegenstand. In den meisten Fällen

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren

haben wir dafür das von uns entwickelte Dialogformat Sprechen & Zuhören eingesetzt und in einigen wenigen Veranstaltungen mit weiteren Formaten wie demokratischen Aufstellungen, Deep Democracy und Demokratie-Fitness experimentiert.

2024 haben wir über 300 Moderatorinnen und Moferatoren für das Format Sprechen & Zuhören ausgebildet.

Demokratische Systemaufstellungen

2024 haben wir sieben Veranstaltungen durchgeführt, auf denen mehrere demokratische Aufstellungen stattfanden. Teils handelte es sich um mehrtägige Workshops oder Seminare. Bei einer demokratischen Aufstellung handelt es sich um ein immer noch recht junges Workshop-Format, mit dem Beziehungen und Zusammenhänge zwischen verschiedenen Gruppen und Bestandteilen eines gesellschaftspolitischen Themas analysiert und erfahrbar gemacht werden können.

Die Themen deckten eine breite Spanne von Steuerpolitik, gesellschaftlichem Zusammenhalt, der Beziehung zwischen Politik und Bevölkerung, Sozialpolitik und das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland ab. Das Verfahren eignet sich dafür, komplexe gesellschaftspolitische Fragen zu analysieren, die eigene Rolle von Akteurinnen und Akteuren im politischen Feld besser zu verstehen und vor allem, um gewohnte Denkmuster zu durchbrechen und praxisnahe wie innovative Lösungen zu entwickeln.

Bildungsarbeit

Ausgaben Bildungswerk

51.345 €

Wissen weiterzugeben, vielleicht an Menschen, die ihrerseits dieses Wissen weitergeben, auch das zählt zu unseren Tätigkeiten. Beim DemokratieVerstärker inspirieren wir Menschen, die sich für eine lebendige Demokratie einsetzen wollen. Und wir haben 2024 ein Bildungswerk gegründet.

Bildungswerk: Es kann losgehen!

Einen guten Schritt vorangekommen sind wir 2024 bei der Gründung unseres Bildungswerks. So haben wir Kooperationen aufgebaut. 2025 kann der erste Ausbildungsjahrgang starten. Mit der School Of Participation bilden wir erstmals Partizipations-Gestalterinnen und Gestalter aus. Wir vermitteln Handwerkszeug, Theorie und organisatorische Fähigkeiten. Die School of Participation-Jahresausbildung bietet eine einzigartige Möglichkeit, tiefer in die Welt der demokratischen Prozessgestaltung einzutauchen. Die Teilnehmenden lernen über ein Jahr lang von Beteiligungsprofis und Demokratie-Fachleuten das notwendige Handwerkszeug und werden bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und inneren Haltung begleitet. Denn wer eine lebendige Beteiligungskultur schaffen will, braucht solides Wissen über Beteiligungsprozesse und eine demokratische Haltung, egal ob in Zivilgesellschaft, öffentlichen Verwaltungen oder Unternehmen. Unser Bildungswerk plant darüber hinaus Demokratie-Erlebnis-Tage für Kinder und Jugendliche und wird Trainerinnen und Trainer für Demokratie-Fitness ausbilden. Demokratiefähigkeit kann und muss trainiert werden. Genau wie Muskeln, die dadurch stärker werden, dass wir sie benutzen. Die dänische Organisation Demokrati Fitness hat zehn für die Demokratie wichtige ‚Muskeln' identifiziert, z. B. den Empathie- und den Dissens-Muskel. Für jeden einzelnen Muskel gibt es ein 30-minütiges Trainingsprogramm.

Der DemokratieVerstärker

Der DemokratieVerstärker ist ein Angebot von Mehr Demokratie. Er bringt Menschen zusammen, die sich für eine lebendige Demokratie einsetzen möchten. Die Teilnehmenden werden dabei durch Impulsvorträge inspiriert. Ihnen werden klare, einfach umsetzbare Handlungsvorschläge aufgezeigt, mit denen sie idealtypischerweise direkt aktiv werden können. Wie startet man erfolgreich eine Online-Petition? Was kann man am Arbeitsplatz tun, um die Widerstandskraft unserer Demokratie zu stärken? Wie finden wir Unterstützung für die Umsetzung unserer politischen Ideen? 2024 fanden insgesamt sieben Veranstaltungen mit jeweils drei Impulsen statt. Themen waren unter anderem „Demokratie vor Ort", „Jugend und Demokratie" und „Digitalisierung".

Organisatorische Bereiche und Strukturelles

Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit

504.814 €

Ausgaben Kommunale Demokratie

201.618 €

Mehr Demokratie ist in Medien, Politik und Zivilgesellschaft präsent und gut vernetzt. Dafür sorgen unsere Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Lobbyarbeit, Veranstaltungen und Wissenschaft. 2024 konnten wir unsere Medienresonanz um gut ein Achtel steigern.

Medienresonanz

Auch 2024 waren wir wieder in vielen bekannten und reichweitenstarken überregionalen Medien, in populären Podcasts, aber auch in der Lokalpresse präsent. Die in unserer Auswertung genannten Medien lesen sich wie ein Who is Who der deutschen Medienlandschaft. Wir sind angekommen, und wir kommen an. Wir hatten 2024 rund 720 Medienresonanzen: So oft berichtete eine Zeitung über uns, gab es ein Interview im Radio oder eine Agenturmeldung. Das entspricht einem Anstieg von rund 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – wenn man die umfangreiche Berichterstattung über den Bürgerrat Ernährung im Jahr 2023 herausrechnet, die einen einmaligen Sondereffekt darstellte. Insbesondere unsere Klage gegen das neue Bundestagswahlrecht erzeugte eine hohe Medienresonanz und brachte uns auch in die Tagesthemen, denen unser Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck Rede und Antwort stand. Rund 400 Medienberichte erzeugte unser Auftritt vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit einigem Abstand auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Themen Direkte Demokratie und Bürgerräte.

Rund 30 Pressemitteilungen haben wir 2024 verschickt. Nur ein Beispiel: Vier Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie forderten wir, die damaligen Maßnahmen zu evaluieren. „Ohne Zorn und Eifer, ohne Wenn und Aber", wie wir in unserer Pressemitteilung schrieben. Aus etwaigen Fehlern könnten wir lernen und Rückschlüsse für künftiges Krisenmanagement ziehen. Denn die nächste Pandemie komme bestimmt. Wir schlugen eine Kommission vor, die zur Hälfte mit Abgeordneten, zur Hälfte mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivielgesellschaft besetzt ist. Aber auch mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss hätten wir uns anfreunden können. 2025 diskutiert die Politik nun endlich über eine Enquete-Kommission.

Fokus auf Kampagnen

Im Jahr 2024 hat sich Mehr Demokratie besonders auf die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern konzentriert. Zu diesem Anlass wurde die Kampagnenseite „Mach doch" ins Leben gerufen. Sie informiert übersichtlich darüber, welche Mitwirkungsmöglichkeiten Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Bundesländern haben.

Auch die Kampagne zur Sperrklausel wurde aktiv begleitet – unter anderem durch eine eigene Landingpage, die zum Mitmachen einlädt und Interessierten alle wichtigen Informationen zur Verfügung stellt.

www.mehr-demokratie.de/mehr-bewegen/kampagnen/mach-doch

www.mehr-demokratie.de/mehr-bewegen/kampagnen/wahlrechtsklage

Umbau im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

2023 haben wir den Umbau des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und 2024 weitergeführt. Mit Alina Götz wurde die Newsletter Planung und Redaktion gestärkt, und Anja Schuller übernimmt Verantwortung im Bereich Social Media und ist als Co-Bereichsleitung für die inhaltliche Strategie zuständig. Ina Poppelreuter wurde neue Pressesprecherin.

Fundraising

Wie sich Nichtregierungsorganisationen finanzieren, wird aktuell viel diskutiert. Wie sich Mehr Demokratie finanziert, wissen Sie jetzt. Keine NGO, der die Unabhängigkeit wichtig ist, kann auf Spenden verzichten. Denn die finanzielle Eigenständigkeit ist die Voraussetzung dafür, unabhängig von staatlichen Vorgaben, parteipolitischen Interessen und wirtschaftlichen Einflussnahmen agieren zu können. Im Jahr 2024 haben wir unseren Fundraisingbereich weiter ausgebaut. Dank der Unterstützung von zwei Stiftungen konnten wir zwei neue Stellen schaffen, die unser Online-Fundraising deutlich stärken. Das Ziel dieser Basisförderung: Bis 2027 möchten wir unsere Grundfinanzierung über Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden weiter ausbauen, um nicht abhängig zu werden von Großspenden und Stiftungen. Wir freuen uns sehr über die personelle Verstärkung. Wir haben sie im letzten Jahr auch genutzt, um unsere Aufgaben neu zu sortieren und aufzuteilen. Danke, dass schon jetzt immer mehr Menschen mit regelmäßigen Beiträgen helfen, unsere Arbeit langfristig abzusichern.

Pro Arbeitstag eine Beratung

Auch 2024 haben wir wieder viele Personen und Initiativen beraten, die Bürger- und Volksbegehren anstießen oder einen Bürgerrat organisierten. Über 300-mal haben wir das gemacht. In jedem einzelnen Bundesland gibt es eine Beraterin oder einen Berater. Ferner verfügen wir über spezialisierte Beraterinnen und Berater für die Themen Klimaschutz und Bürgerräte.

Wissenschaft

Seit vielen Jahren veröffentlicht Mehr Demokratie Berichte zu den Themen, zu denen der Verein arbeitet. Dazu zählen insbesondere der Volksbegehrensbericht und der Bürgerbegehrensbericht, die sich mit dem direktdemokratischen Geschehen in unseren Bundesländern bzw. Kommunen beschäftigt. Wir arbeiten dabei eng mit universitären Partnern zusammen. Niemand sonst erhebt und veröffentlicht diese Daten. Siehe dazu Seite 6 unter Veröffentlichungen.

Landesverbände

Ausgaben Landesverbände

43.187 €

Auch unsere Landesverbände entfalteten im Jahr 2024 zahlreiche Aktivitäten. Ob Schulwettbewerb zur Europawahl, klassische Lobbyarbeit oder Veranstaltungen zu den demokratiepolitischen Vorstellungen der DDR-Opposition – vor Ort war viel los!

Baden-Württemberg
Der Landesverband organisierte 2024 ein Demokratie-Symposium: Mehr Demokratie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft arbeiteten gemeinsam an besseren Regeln für die direkte Demokratie auf kommunaler und Landesebene. In Workshops unter dem Motto „Wie beteilige ich mich auf kommunaler Ebene?" wurde unser politisches System Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung vermittelt.

Bayern
Ministerpräsident Markus Söder will die direkte Demokratie in Bayerns Gemeinden evaluieren – und kündigte Einschränkungen an. Er etablierte einen Runden Tisch für die „Weiterentwicklung von Bürgerbegehren". Auch wir nahmen daran teil, damit die Menschen im Land eine starke Stimme behalten. Der Landesverband legte einen Bürgerbegehrensbericht für Bayern vor – mit allen relevanten Daten und Fakten, die es in der Debatte braucht. So konnte die Diskussion versachlicht werden.

Berlin/Brandenburg
Die Berlinerinnen und Berliner beschäftigten sich mit der Dialogwerkstatt zum Tempelhofer Feld. Vor zehn Jahren hatte ein Volksentscheid die Bebauung abgelehnt. Wie geht man dauerhaft mit diesem Ergebnis um? In Brandenburg stand die Landeswahl im Fokus. Teil der Kampagne war der Aufruf „Vertrauen stärken, Beteiligung ausbauen", für den über 4.000 Unterschriften gesammelt wurden.

Bremen/Niedersachsen
Der Landesverband organisierte Ende des Jahres zwei Veranstaltungen mit dem Bundessprecher von Mehr Demokratie, dem ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Ralf-Uwe Beck. Anlass war der 35. Jahrestag des Mauerfalls. Beck berichtete lebhaft und kenntnisreich über die demokratiepolitischen Vorstellungen der DDR-Opposition. So forderten alle (!) oppositionellen Gruppen 1989 die Einführung des republikweiten Volksentscheids.

Hamburg
Bürgerräte sind seit 2024 auch in Hamburg möglich: Das Gesetz für geloste dialogorientierte Beteiligungsverfahren trat im Sommer in Kraft. Die Hansestadt bekommt zudem ein Lobbyregister. Auch dafür hatte Mehr Demokratie geworben. 2024 gab es so viele Volksbegehren wie noch nie zuvor. Der Landesverband organisierte eine fünfteilige Veranstaltungsreihe mit der Volkshochschule, in der die Demokratie-Muskeln der Teilnehmenden trainiert wurden.

Hessen
Auch die Hessinnen und Hessen mussten sich 2024 gegen drohenden Demokratie-Abbau wehren. Der Landesverband initiierte eine Petition: „Schützt das Bürgerbegehren". 15.000 Menschen unterstützten die Petition mit ihrer Unterschrift.

Mecklenburg-Vorpommern
Mehr Demokratie setzte sich in Mecklenburg-Vorpommern im Bündnis mit anderen für ein Transparenzgesetz ein. Es soll sich an den Beispielen Hamburg und Rheinland-Pfalz orientieren.

Nordrhein-Westfalen
Der Landesverband organisierte das Democracy Camp in Bukarest mit. Er organisierte einen erfolgreichen Schulwettbewerb zur Europawahl. Schulklassen entwickelten Ideen, wie gleichaltrige Erstwählerinnen und Erstwähler zur Teilnahme an der Europawahl motiviert werden können. Zudem galt es, ein Jubiläum zu feiern: 30 Jahre direkte Demokratie in NRW mit mittlerweile 300 Bürgerentscheiden.

Sachsen-Anhalt
Erstmals legte Mehr Demokratie einen Bürgerbegehrensbericht für das mitteldeutsche Bundesland vor. Er unterbreitete auch Verbesserungsvorschläge: Die Verfahren sollten anwendungsfreundlicher gestaltet, die Bauleitplanung in den Themenkatalog aufgenommen werden.

Sachsen
Fast 10.000 Menschen unterschrieben eine Petition des Landesverbandes Sachsen zur Stärkung der Demokratie. Die Hürde bei Bürgeranträgen soll abgesenkt, öffentliche Petitionen sowie die Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen sollen eingeführt werden.

Schleswig-Holstein
Mehr Demokratie war treibender Akteur der Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!". 2024 kam es zu einem Kompromiss mit den Regierungsfraktionen CDU und Grüne: Gesetzliche Verschlechterungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden werden zurückgenommen. Mehr dazu auf Seite 7 unter Direkte Demokratie.

Thüringen
Im Bündnis mit anderen Organisationen gelang es Mehr Demokratie, das ins Stocken geratene Gespräch zur Verfassungsreform wieder anzustoßen. In Kooperation mit der Staatskanzlei veröffentlichte der Landesverband eine Handreichung: „Bürgerbegehren und Bürgerbeteiligung in Thüringer Kommunen".

Ihre Mitgliedschaft sichert unsere Unabhängigkeit!

[ ] Ja, ich werde Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.

Ich zahle einen jährlichen Beitrag von _____ EUR

(Einzelbeitrag 78 EUR, ermäßigt 30 EUR)

Vorname, Nachname

Straße, Nr.

PLZ, Ort Geburtsdatum

E-Mail

Telefon

[ ] Ja, ich bin damit einverstanden, dass Mehr Demokratie mich per E-Mail kontaktiert.

[ ] Ja, ich bin damit einverstanden, dass Mehr Demokratie mich per Telefon kontaktiert.

[ ] Ja, ich erteile ein SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige Mehr Demokratie e.V. bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Mehr Demokratie e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das SEPA-Lastschriftmandat gilt für wiederkehrende und einmalige Zahlungen. Für die Vorabinformation über den ersten Zahlungseinzug und die Übermittlung der Mandatsreferenznummer wird eine Frist von mindestens fünf Kalendertagen vor Fälligkeit vereinbart.

Anschrift: Mehr Demokratie e.V., Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Gläubiger-ID: DE26ZZZ00000033645
Mandatsreferenznummer: wird separat mitgeteilt

Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich kostenlos unsere Mitgliederzeitschrift.

IBAN

Bank

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie die Antwortkarte im Umschlag und ausreichend frankiert an Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg oder als Scan per E-Mail an mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Datenschutzrechtliche Unterrichtung laut Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO

Verantwortlicher ist Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Datenschutzbeauftragte: Ramona Pump, datenschutz@mehr-demokratie.de

Wir weisen gemäß Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO darauf hin, dass zum Zweck der Mitgliederverwaltung- und betreuung folgende Daten der Mitglieder automatisiert verarbeitet werden: Namen, Anschrift, Telefonnummer, Geburtsdaten, Zahlungsdaten, Bankverbindung, E-Mail. Bei Einwilligung zur E-Mail nehmen wir Sie in den Newsletter auf. Rechtsgrundlage der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten ist Ihre Einwilligung. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nur statt, wenn wir mit einem Versanddienstleister oder Telefondienstleister zusammenarbeiten, der direkt nach Zweckerfüllung zur Löschung der Daten verpflichtet ist. Ihre Daten speichern wir nur über die Dauer der Zweckerfüllung bzw. nach gesetzlicher Vorgabe. Sie haben ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und das Recht auf Widerspruch. Ein Widerruf der Einwilligung ist jederzeit formlos möglich, z.B. per Anruf oder Mail (030-42082370, info@mehr-demokratie.de). Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, sollten Sie den Eindruck haben, Ihre Daten werden unrechtmäßig genutzt.